

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Albrecht Glaser, Peter Boehringer, Dr. Bruno Hollnagel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/27210 –

Next Generation EU ist unzulässig – Bundesregierung muss EU-Verschuldung stoppen

A. Problem

Der Europäische Rat beschloss im Juli 2020 neben dem regulären Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 das temporäre Europäische Wiederaufbauprogramm Next Generation EU (NGEU). Diese Entscheidung wurde in verschiedene Rechtsakte übersetzt, so in den EU-Eigenmittelbeschluss (EMB) und die Verordnung zur Schaffung eines Aufbauinstrumentes der Europäischen Union (EURI-VO).

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion gilt für alle Rechtsakte der Europäischen Union (EU) das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Der EU wurde keine Kompetenz-Kompetenz gewährt, diese liegt allein bei den EU-Mitgliedstaaten. Weder die EURI-VO noch der EMB und damit der NGEU insgesamt sind mit dem Primärrecht der Europäischen Union vereinbar. Die Zustimmung des Deutschen Bundestages zum Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz wäre ein Verstoß gegen seine Integrationsverantwortung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27210 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Anja Hajduk

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/27210** in seiner 215. Sitzung am 4. März 2021 beraten und an den Haushaltsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

- den eingebrachten Gesetzentwurf des Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetzes zurückzuziehen;
- die Verfassungsidentität des deutschen Grundgesetzes gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes zu bewahren und insbesondere die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestages zu schützen und zu respektieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/27210 in seiner 125. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/27210 in seiner 88. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/27210 in seiner 93. Sitzung am 24. März 2021 abschließend beraten. Der **Haushaltsausschuss** beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/27210 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD gefasst.

Berlin, den 24. März 2021

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Peter Boehringer
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Anja Hajduk
Berichterstatterin